

ANZEIGE

BAUEN AUF VERTRAUEN seit 1977

Zu unserem **43. Firmengeburtstag** danken wir unseren Kunden, Partnern und Mitarbeitern

ADANK
BAUEN AUF VERTRAUEN SEIT 1977
Bauträgergesellschaft mbH

Stadtkoppel 18 · 21337 Lüneburg
T: 0 41 31 / 32 0 32 · info@adank.de

LOKALES

Wühlen in quälenden Erinnerungen

Im Prozess gegen einen Dannenberger Ex-Polizisten (72) schilderte eine 25-Jährige, wie sie ihr Stiefvater als Kind über Jahre sexuell missbraucht haben soll. » Seite 5

Harte Zeiten für Pendler

Die Sanierung der B404 soll in diesem Jahr bis Eichholz erledigt werden, 2021 ist dann das restliche Teilstück inklusive der Elbvorland-Brücke dran. Dann droht eine Vollsperrung der Verkehrsader in Richtung Hamburg. » Seite 9

KULTUR

Zwei Brüder, zwei Lebenswege

Die Autorin Jackie Thomae schaffte es zwei Mal auf die Shortlist des Deutschen Buchpreises. Jetzt stellt sie ihren Roman „Brüder“ über die Unwägbarkeiten des Lebens im Heine-Haus vor. » Seite 12



Jackie Thomae. Foto: t&w

SPORT

SVG Lüneburg siegt 3:1 in Bühl

Volleyball-Bundesligist SVG Lüneburg ist am Abend mit einem Sieg in die Rückrunde gestartet: Das Team von Trainer Stefan Hübner siegte beim TV Bühl 3:1, ist nun Tabellenvierter. » Seite 23

WETTER

9°
4°



Wechselnd bewölkt und überwiegend trocken. Der Wind weht schwach bis mäßig.



Lernen mit Lego

Jital und Erik haben im Museum Lüneburg ein Lego-Auto gebaut und anschließend selbst programmiert. Die Mitmachausstellung lockt aktuell vor allem viele Schulklassen. » Seite 6

Bund will Entschuldung der Kommunen ohne Eifersucht

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) fordert Akzeptanz für den Plan, nur ausgewählten Städten und Gemeinden zu helfen

VON THERESA MÜNCH

Berlin. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) stellt Bedingungen für die Entlastung hoch verschuldeter Kommunen. Die Länder müssten sicherstellen, dass ihre Städte und Gemeinden nicht erneut so hohe Schulden anhäufen, sagte der Vizekanzler am Mittwoch. „Wenn eine Gemeinde ein strukturelles finanzielles Problem hat, muss die Solidarität der wohlhabenderen Regionen des Landes über den kommunalen Finanzausgleich eingefordert werden.“ Das bedeutet, dass reichere Gemeinden für notorisch klamme Gemeinden im gleichen Land einspringen sollen.

Scholz will die am meisten verschuldeten Kommunen einmalig entschulden – „mit einem Eigenbeitrag der Länder, in denen sie liegen“. Ziel ist, dass die Städte und Gemeinden dann wieder mehr Geld in ihre Infrastruktur investieren können.

Für die Bundeshilfen sei aber

ein Akt der Solidarität nötig, betonte der Finanzminister. „Wir brauchen ein nicht-eifersüchtiges Land.“ Wenn er 2500 Kommunen von 11700 helfe, gingen viele leer aus. „Wir müssen die Praxis durchbrechen, dass immer alle Zuweisungen erhalten müssen, wenn wir einigen helfen wollen“, forderte Scholz.

ZUR SACHE

Viele Länder sind bei Kredittilgung dabei

Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben bereits zugesagt, einen eigenen Beitrag zur Entschuldung ihrer Kommunen leisten zu wollen. Andere Länder wie Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen äußerten zugleich die Erwartung, dass auch ihr bisheriger Einsatz zur Schuldentilgung vom Bund finanziell gewürdigt werde. Die Diskussion über die Altschuldentilgung wird angeheizt vom Rekordüberschuss im Bundes-

Das sehen allerdings nicht alle so: Ausgewählte Kommunen zu entschulden sei ungerecht all jenen gegenüber, die bisher sorgsam gewirtschaftet hätten, sagte der Finanzpolitiker der FDP, Florian Toncar. „Welche Kommune wird sich noch um Sparsamkeit bemühen, wenn eine Schuldenbefreiung durch den Bund

winkt?“ Die FDP will den Kommunen stattdessen mehr Geld aus Einkommen- und Mehrwertsteuer geben.

Achim Post, Fraktionsvize der SPD, stärkte Scholz den Rücken. „Natürlich muss dabei klar sein, dass es um einen einmaligen Entschuldungsschritt geht, damit die betroffenen Städte wieder Luft zum Atmen bekommen“, betonte er.

Altschulden betragen 42 Milliarden Euro

In Städten und Regionen mit hohen Schulden leben nach Einschätzung des Deutschen Städtetags rund zehn Millionen Menschen. Betroffen sind vor allem Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Insgesamt summieren sich die kommunalen Altschulden in Deutschland nach Angaben des Städtetags auf rund 42 Milliarden Euro. Die Tendenz ist dabei in vielen Fällen steigend, betonte ein Sprecher.

Russische Regierung tritt zurück

Moskau. Nach der Ankündigung einer Verfassungsreform ist die russische Regierung vollkommen überraschend zurückgetreten. Er wolle Präsident Wladimir Putin damit die Möglichkeit geben, die nötigen Veränderungen im Land anzustoßen, teilte Regierungschef Dmitri Medwedew gestern in Moskau mit. Putin dankte der Regierung für ihre Arbeit. Die Regierung bleibt noch so lange geschäftsführend im Amt, bis ein neues Kabinett steht.

Medwedew war von 2008 bis 2012 Präsident Russlands. Danach übernahm er von Putin den Posten des Regierungschefs. Zudem ist er Chef der Kremlpartei Geeintes Russland. Medwedew soll nach Putins Angaben nun gemeinsam mit dem Kremlchef den Sicherheitsrat leiten. Putins Wunschkandidat für die Nachfolge ist der Leiter der russischen Steuerbehörde, Michail Mischustin. rmd/dpa » Seite 18

Im Bentley mit 150 durch Hamburg

Hamburg. Fast dreimal so schnell wie erlaubt ist in der Nacht zum Mittwoch eine Bentley-Fahrerin durch Hamburg-Altona gerast. Die Besatzung eines Polizeiwagens sei auf das Luxus-Coupé in der Stresemannstraße aufmerksam geworden und habe die Geschwindigkeit aufgezeichnet, teilte die Polizei mit. Demnach beschleunigte die 38-Jährige kurzzeitig bis auf 148 Kilometer pro Stunde – bei erlaubten 50.

Die Beamtin stoppten die Raserin und erfuhr, dass es sich bei dem 560 PS starken Fahrzeug um einen Leihwagen handelte, das die Frau „testen“ wollte. Auf die 38-Jährige kommt jetzt ein Bußgeld von knapp 1400 Euro zu, außerdem zwei Punkte in Flensburg und ein dreimonatiges Fahrverbot. rmd/dpa

Aus für die Schreckschusswaffen?

SPD und Grüne wollen Boom bei den Kleinen Waffenscheinen eindämmen

VON ANDREAS RABENSTEIN

Berlin. Angesichts der großen Verbreitung von Schreckschusspistolen werden Forderungen aus der Politik nach schärferen Bestimmungen lauter. Der Verkauf dieser Pistolen sollte an den sogenannten Kleinen Waffen-

schein gekoppelt werden, verlangen etwa die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) und die Grünen im Bundestag. Bundesjustizministerin Christine Lambricht (SPD) kann sich ebenfalls strengere Bedingungen für Waffenscheine vorstellen.

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete und Ex-Polizistin Irene Mihalic sieht das genauso und betonte, Schreckschusswaffen dürfe man nicht bagatellisieren. „Der leichte Zugang zu solchen Waffen bedeutet eine relevante Gefahr.“ CDU, FDP und Linke se-

hen keinen Handlungsbedarf. „Wir sollten die vielen gesetzestreuem Träger solcher Waffen aufgrund einiger schwarzer Schafe nicht in Mithaftung nehmen“, sagt Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (Linke).

Die GdP spricht von geschätzt 15 Millionen dieser Waffen in Deutschland. Der Trend sei beunruhigend, teilte der Vizevorsitzende Jörg Radek mit.

Erlaubt ist der Kauf und Besitz dieser Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen (SRS-Waffen) für jeden Erwachsenen. In der Öffentlichkeit mit sich he-

rumtragen darf man sie nur, wenn man einen Kleinen Waffenschein besitzt. Den erhält man, wenn man keine Vorstrafen hat und eine Gebühr von 50 Euro bezahlt. Ende September 2019 waren laut Bundesinnenministerium rund 650.000 solcher Waffenscheine im Nationalen Waffenregister gemeldet. Die Zahl der Kleinen Waffenscheine steigt seit Jahren. Das Schießen mit Schreckschusswaffen ist in der Öffentlichkeit verboten. Das interessiert Fans nicht. Im Internet kursieren Videos mit Tipps zu Schreckschusswaffen.